



Liebe Leserin, lieber Leser, in den Händen halten Sie die 12. Ausgabe von xtraGRÜN. Seit mehr als 6 Jahren informieren wir Sie regelmäßig und nicht nur in Wahlkampfzeiten über die Kasseler Stadtpolitik. Auch in dieser Zeitung beziehen wir Stellung zu aktuellen Themen. Im Mittelpunkt stehen dieses Mal unter anderem Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr. Mit der Wahl eines neuen Dezernenten sind wir sicher, hier in nächster Zeit voran zukommen. Aber wie immer bekommen Sie auch Informationen zu weiteren Themen, die uns und die Stadtpolitik interessieren.

Viele Rückmeldungen, Anregungen, aber auch Kritik bestätigen uns, durch xtraGrün in einen regelmäßigen Dialog mit Ihnen zu treten. Gerade Kommunalpolitik lebt von vielfältigen Diskussionen und vom Mitmachen. Beteiligen Sie sich an der Zukunftsdiskussion der Stadt Kassel. Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre davon xtraGrün. Karin Müller



Wir haben noch viel vor

Jetzt gilt es! Mit der Wahl von Dr. Joachim Lohse zum Dezernenten für Stadtentwicklung, Umwelt, Bauen und Verkehr und Jürgen Kaiser zum Bürgermeister ist der Magistrat wieder komplett. Zu Recht erwartet die Kasseler Bevölkerung nun eine verstärkte Ausrichtung auf wichtige Themen und Projekte für die Stadt Kassel.

Zu diesen wichtigen Themen gehört für uns GRÜNE - auch nach dem Konjunkturprogramm - weiterhin die energetische Schulbausanierung sowie die nächsten Schritte bei der Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten. Die Stadt der kurzen Wege mit einer Steigerung des Radverkehrsanteils ist eine aktive Leistung für Gesundheit und Klimaschutz. Der barrierefreie Umbau des Altmarktes ist eine Verpflichtung der Stadt Kassel für seine Einwohner. Städtebaulich werden der Umbau von Entenanger und der Friedrich-Ebert-Straße/Goethestraße Kassels Attraktivität steigern.

Nachhaltige Projekte: Klimaschutz und Kultur

Die bisher viel zu zögerlichen Versuche im Klimaschutz wollen wir bündeln und stärker vorantreiben. Die Voraussetzungen für 20.000 Arbeitsplätze in der Region schafft man nicht allein durch Reden, sondern es muss auch konsequent gehandelt werden, damit die vorhandenen Konzepte mit Leben gefüllt werden. Die vielfältigen Arbeitsplätze im Bereich der Kultur sind für uns und die Stadt von wesentlicher

Bedeutung. Gerade den Bereich der Soziokultur wollen wir weiter fördern und die sogenannte Freie Kulturszene stärken. Wir werden darauf achten, dass die Kultur, die jetzt im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters liegt, auch wirklich „Chefsache“ wird.

Uns ist bewusst, dass ein Erreichen dieser Ziele in Zeiten wegbrechender kommunaler Einnahmen eine Herkulesaufgabe darstellen, die nicht mit dem Haushalt 2010 endet, sondern Kraft und Anstrengung über mehrere Jahre verlangen. Wir brauchen jedoch eine ‚sanfte‘ Neu-Ausrichtung der Stadt gerade in Zeiten der Krise. Seriöse Haushaltspolitik und Entwicklung der Stadt sind für uns GRÜNE keine Gegensätze. Uns ist es in den ‚guten‘ Jahren gelungen mehr als 100 Millionen Euro Schulden abzubauen und trotzdem viel auf den Weg zu bringen.

Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung

Allerdings wird der kommunale Handlungsspielraum immer enger. Immer mehr Aufgaben wurden in den letzten Jahren auf die Kommunen übertragen, ohne dafür ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Das, was wir gegenwärtig erleben, ist ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden. Es hat sich bewährt, dass dort, wo Politik direkt mit den Menschen in Kontakt tritt, auch die Möglichkeit der Gestaltung liegt. Die

Aussichten für die nächsten Jahre lassen nichts gutes Erahnen. Ab 2011 will das Land 400 Millionen Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich abziehen. Für Kassel bedeutet dies ein Verlust von ca. 23 Millionen Euro. Geradezu absurd wird es dann, wenn in dieser Situation die Bundesregierung Steuerleichterungen im großen Maß verspricht. Auch dies wird zu Lasten der Stadt Kassel und der Politik vor Ort gehen. Wir sagen: Hände weg von der kommunalen Selbstverwaltung. Eine kriteriengeleitete Neuorganisation des kommunalen Finanzausgleichs ist aus unserer Sicht dafür unerlässlich.

Für uns GRÜNE ist es in der Krise keine Lösung, das vorhandene Netz von sozialen und kulturellen Einrichtungen zu zerschlagen, indem man mit dem Rasenmäher über alle Bereiche fährt. Dies kann nicht einmal ansatzweise die Einnahmeverluste decken. Der Weg kann nur darin bestehen, aufgabenkritisch zu schauen, was wir für die Entwicklung dringend brauchen und was nicht. Dazu gehört auch der kritische Blick auf Großprojekte, die erhebliche finanzielle Folgen für die Stadt Kassel haben und Gelder für den Haushalt über Jahrzehnte binden. Dazu gehört aber auch eine stadtesellschaftliche Diskussion über die Entwicklung der Stadt. Was können wir uns leisten und was brauchen wir in dieser Stadt werden die entscheidenden Fragen der nächsten Jahre sein, die wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt beantworten wollen. Wir laden Sie herzlich ein, sich einzumischen, mitzudiskutieren und vor allem mitzumachen. Karin Müller



Die „Justizvollzugsanstalt Kassel III“ in der Leipziger Straße, besser bekannt als „Elwe“, soll nach 133 Jahren geschlossen werden, so die Pläne des Hessischen Justizministeriums. Das in die Jahre gekommene Gefängnis müsste mit erheblichem Aufwand instand gesetzt werden. Die notwendigen 7,5 Millionen Euro sollen nicht mehr investiert, sondern das ganze Gelände aufgegeben werden. Die Aufgaben der Anstalt, in der erwachsene und jugendliche Untersuchungsgefangene untergebracht sind, sollen von der Wehheider JVA Kassel I übernommen werden, die „erst“ 1882 eröffnet wurde. Die jugendlichen U-Häftlinge, für die es bisher 16 Plätze gibt, sollen allerdings künftig direkt in die Jugendstrafanstalt Rockenberg / Wetterau kommen. Nach dem Wegfall der Jugendarrestanstalt Kaufungen müssen nordhessische Jugendliche schon heute ihren Arrest in Gelnhausen oder Friedberg absitzen. Jetzt auch noch die Untersuchungshaft zu verlegen, wäre unverantwortlich.

Immobilie braucht Nutzungskonzept

Unabhängig von den inhaltlichen Fragen des Strafvollzugs stellt sich aus Sicht der Stadt Kassel vor allem die Frage, was im Falle einer Schließung mit dem Gelände der „Elwe“ geschehen soll. Die Erfahrungen mit Liegenschaften des Landes sind mehr als schlecht. Das BePo-Gelände in der Friedrich-Ebert-Straße stand Jahrzehnte leer, bevor sich endlich etwas getan hat. Für die Finanzämter gibt es immer noch kein endgültiges Nutzungskonzept. Diese unruhlichen Beispiele dürfen sich nicht fortsetzen. Das Land hat auch eine Verantwortung für die Städte, in denen sie Gebäude nutzt. Die Lage des Geländes – innenstadtnah als Teil der Unterneustadt – könnte ungeahnte städtebauliche Möglichkeiten eröffnen. Voraussetzung wäre allerdings, dass die Nutzungsmöglichkeiten durch den Denkmalschutz nicht unzumutbar eingeschränkt werden. Wenn es tatsächlich zu einer Schließung der „Elwe“ kommen sollte, muss sich das Land an einem städtebaulichen Wettbewerb über die künftige Nutzung beteiligen. Nach 133 Jahren Kasseler Gastfreundschaft für eine Anstalt des Landes wäre das wohl nicht zu viel verlangt. Dr. Andreas Jürgens



Müllgebühren – Politikversagen, Marktmechanismen oder Abzocke?

Zum ersten Januar 2010 werden die Müllgebühren für die Kasseler Haushalte erhöht – und zwar um satte 32 Prozent. Misswirtschaft? Schlampelei? Abzocke?

Nein. Es rächt sich zum wiederholten Male die Entscheidung, die Anfang der 90er Jahre zum Bau des Müllheizkraftwerks geführt hat. Es rächen sich ebenso die Veränderungen in den gesetzlichen Grundlagen. Gegen den erbitterten Widerstand der GRÜNEN – die geplante Anlage war doppelt so groß dimensioniert wie für die Kasseler Abfälle benötigt – beschlossen zu Beginn der 90er Jahre CDU und SPD den Bau eines großen Müllheizkraftwerks. Die damals Verantwortlichen, Oberbürgermeister Lewandowski und Bürgermeister Gehb, erwarteten aus dem Landkreis Kassel eine große Nachfrage nach Abfallentsorgung und hofften auf hohe Gewinne aus dem Betrieb des Kraftwerks. Es kam aber anders: Der Landkreis deponierte weiterhin seinen Müll auf der Kirschenplantage in Witzenhausen. In der Not, das Müllheizkraftwerk zu füllen, wurden schließlich Entsorgungsverträge mit den Landkreisen Marburg-Biedenkopf und Schwalm-Eder geschlossen, deren Konditionen nicht kostendeckend waren.

Preisverfall bei Müllentsorgung

Kurz nach Inbetriebnahme des Müllheizkraftwerks (MHKW) 1996 kam ein weiteres Problem hinzu. Eine Gesetzesänderung ermöglichte es den Gewerbebetrieben – im Gegensatz zu den privaten Haushalten in Kassel

– sich einen Entsorger frei wählen zu können. Dies bedeutete, dass der Entsorgungspreis für Unternehmen sich nicht nach den Kosten des MHKW richtete, sondern nach den Preisen, die auf dem Müllmarkt gehandelt wurden. So sind mit der Eröffnung der Müllverbrennungsanlage in Witzenhausen im Jahr 2008 die Preise für die Entsorgung des gewerblichen Mülls in Nordhessen noch einmal dramatisch gefallen. Was von 1999 bis 2004 zu Überschüssen bei den Stadtreinigern geführt hatte, nämlich die mangelnde Müllentsorgungsalternative für die Kasseler Gewerbebetriebe, ist seit 2005 ins Gegenteil umgeschlagen: Die wachsenden Entsorgungskapazitäten in Nordhessen führten zum Preisverfall bei der Müllentsorgung und damit zu Verlusten in der Bilanz der Stadtreiniger.

Wir alle müssen in diesen sauren Apfel beißen

Auch wir GRÜNEN sehen derzeit keine Alternative zu einer Gebührenerhöhung. Wir hatten mit unseren Warnungen vor dem Bau dieser Anlage zwar Recht; das kann uns heute aber nicht dazu veranlassen, die Augen zu verschließen und so zu tun, als ginge uns das Problem nichts an. Wir prüfen alle Möglichkeiten der Entlastung des Gebührenhaushalts, einen ernstzunehmenden Vorschlag haben bislang CDU und Linke nicht vorgelegt. Und wir wollen, dass weiterhin die Stadtreiniger in bekannter Qualität für Sauberkeit und Müllbeseitigung in Kassel sorgen. Wir wollen, dass die Arbeitsplätze hier erhalten bleiben. Schließlich wollen wir auch keinen Mülltourismus quer durch die Republik.

Nachdem die Müllgebühren seit 1998 nicht erhöht wurden, sondern zweimal gesenkt, zwingen die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Marktbedingungen nun auch die GRÜNEN dazu, einer Müllgebührenerhöhung zuzustimmen. Helga Weber

Während auf Bundesebene von Steuerleichterungen und Schuldenbremse geredet wird, trifft die Finanzkrise den städtischen Haushalt mit voller Wucht. Die Lage ist in den Städten und Landkreisen fast überall dramatisch und nicht mit ein paar Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich zu lösen. Die chronische finanzielle Unterausstattung der Kommunen muss endlich beendet werden, sonst droht der Kollaps vor Ort. Stellen Sie sich vor, sie haben einen riesigen Berg Schulden geerbt und nach Zahlung der Zinsen kommen sie gerade so zu Recht. Unerwartet bekommen Sie 10 Prozent weniger und das bei steigenden Kosten. Das ist nicht nur die Situation einer Vielzahl von Menschen in dieser Stadt, sondern auch die Situation der Stadt Kassel.



Kommunen vor dem Konkurs Folgen der Finanzkrise für die Stadt Kassel

Die Finanzkrise sorgt für einen dramatischen Rückgang der Haushaltseinnahmen. Konkret wird mit weniger Einnahmen aus der Gewerbesteuer von über 22 Millionen Euro gegenüber 2008 gerechnet. Auch die Steuermasse des Landes reduziert sich erheblich. Die so genannten Schlüsselzuweisungen vom Land an die Stadt Kassel reduzieren sich um nicht weniger als 35 Millionen. Hinzu kommen noch sieben Millionen Euro Verlust bei der Einkommenssteuer. Insgesamt weist der Haushalt der Stadt Kassel für 2010 einen Fehlbetrag von rund 70 Millionen Euro aus.

Aber auch die Ausgaben steigen, ohne dass wir als Stadtverordnete darauf einwirken können. Tarifabschlüsse bei den Erzieherinnen sind inhaltlich vollkommen richtig, sorgen aber für höhere Ausgaben. Dazu kommt eine höhere Umlage an den Landeswohlfahrtsverband sowie eine geringere Beteiligung des Bundes an den tatsächlichen Kosten für die Unterkunft von SGBII-BezieherInnen. Und das alles, ohne dass die Stadt Kassel sich „große Sprünge erlaubt hat“ oder noch wesentliches Einsparpotenzial besitzt. Es ist eine einfache Rechnung: Einnahmeverluste von 10 Prozent können bei einem Spielraum von weniger als 5 Prozent des Haushaltes nicht aufgefangen werden. Und auch diese 5 Prozent sind nicht

wirklich frei verfügbar. Sie stehen überwiegend für soziale und kulturell notwendige Projekte zur Verfügung. Mit Ihnen wird zum Beispiel Jugendarbeit im Stadtteil finanziert oder eine kulturelle Initiative bezuschusst und gefördert. Im Vergleich zu anderen Städten gehen wir mit Geldern keinesfalls leichtfertig um.

GRÜNE für Bildung und Erneuerbare Energien

Einerseits sollten wir darauf hoffen, dass die Einnahmen der Stadt Kassel wieder zunehmen, andererseits muss Kassel noch stärker als bisher seine Ausgaben auf die Zukunftsfähigkeit der Stadt ausrichten. Hierzu gehören für uns GRÜNE vor allem Investitionen in die Bildung von Anfang an sowie eine Ausrichtung der Region auf ihre Stärke im Bereich nachhaltiger Technologien, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. Dies führt kurz- und langfristig zu besseren Ausgangsbedingungen der Wirtschaft und bietet jungen Menschen eine Lebensperspektive. Angesichts der prekären Haushaltslage muss die Stadt Kassel aber auch geplante Großprojekte mit langfristigen Verpflichtungen, wie zum Beispiel den Flughafenneubau Kassel-Calden, kritisch prüfen und gegebenenfalls auf diese verzichten. *Gernot Rönz*

Schulentwicklungsplan mit GRÜNER Handschrift



scavenger/photocase.de

Aufbruch zur Neuen Schule – dies fordern GRÜNE seit Jahren. Alte Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern des gegliederten Schulsystems und Anhängern von längerem gemeinsamen Lernen sind bekannte, oft ideologisch geführte Auseinandersetzungen. Zentrale Vorgaben zur Schulpolitik kommen allerdings von der Landesregierung. Gerade deshalb ist es von Bedeutung, auf kommunaler Ebene zu benennen, wo und wie Bildungsverantwortung vorgenommen werden kann. Diese Bedeutung kommt vor allem dem Schulentwicklungsplan zu, den die Schulträger alle 5 Jahre vorlegen und in den politischen Gremien abstimmen muss.

Keine Schließung von Schulen

Für die GRÜNE Rathausfraktion heißt es dabei, den Schulentwicklungsplan vor allem unter der Perspektive einer qualitativen Schulentwicklung in den Blick zu nehmen. Die Bewertungen des vorgelegten Schulentwicklungsplans durch die GRÜNE Rathausfraktion fällt positiv aus: GRÜNE bildungspolitische Ziele finden sich dort unter der Handschrift der Schuldezernentin, Anne Janz, wieder.

- Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Der Übergang von Kita und Schule wird betont und die gemeinsame Umsetzung des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes als Ziel benannt.
- Es muss gute Rahmenbedingungen für Bildung geben. Die Einbeziehung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule wird im Schulentwicklungsplan benannt, ebenso der Übergang von Schule und Beruf (Übergangmanagement).
- Gute Bildung darf nicht abhängig vom Elternhaus sein: wir halten den geplanten Ausbau von Ganztagsschulangeboten für richtungsweisend.

Nur so kann es Bildungsgerechtigkeit geben.

Keine Schule in Kassel wird geschlossen. Die Zahlen im Schulentwicklungsplan belegen deutlich, dass es Handlungsbedarf durch zurück gehende Schülerzahlen gibt. In Gesamtschulen muss eine solide Jahrgangsbreite erhalten bleiben, sonst ist diese Schulform uninteressant für die Eltern. Mit den betroffenen Schulen und Stadtteilen werden, so sieht es der Schulentwicklungsplan vor, zukunftsfähige Entwicklungen und Richtungen diskutiert. Die klare Aussage der GRÜNE Dezernentin, dass keine Schule geschlossen wird und die Schulfeldvielfalt in Kassel bestehen bleiben soll, gibt hier Handlungssicherheit. Die Angebotsbreite und Wohnortnähe sowie eine dem Sozialraum angepasste Profilbildung der Kasseler Schulen sind Grundlage für die beschriebenen schulpolitischen Entwicklungen.

Entwicklung von Kompetenzzentren

Der vorgelegte Schulentwicklungsplan ist auf gutem Kurs. Gegen den Strich gelesen zeigt er auch, wo weiterer Handlungs- und Klärungsbedarf entsteht: wir brauchen mehr Schulsozialarbeit, die Schulen brauchen mehr Zeit für Reformen und Unterstützung bei der Qualitätsentwicklung des Unterrichts. Schulen benötigen mehr pädagogische Freiheiten. Ob Selbstverwaltung plus der richtige Weg dafür ist, wird von der finanziellen Unterstützung des Landes abhängen. Berufliche Schulen sollen zu Kompetenzzentren entwickelt werden, lebenslanges Lernen soll möglich werden, der Schulentwicklungsplan gibt auch hierfür Anregungen, für die Umsetzungen sind finanzielle Ressourcen und politische Entscheidungen erforderlich. Schulpolitik wird ein spannendes Thema in Kassel bleiben. *Dr. Martina van den Hövel*



kurz notiert

Hier erfahren Sie in Kurzform was die Fraktion von Bündnis90/DIE GRÜNEN in den letzten Monaten erreicht hat, wo sie sich nicht durchsetzen konnte oder was noch immer offen ist. Mehr zur aktuellen Politik können Sie auf unsere Homepage unter www.gruene-fraktion-kassel.de finden oder aber Sie fragen direkt in unserem Büro nach.

Das haben wir erreicht

- Das Klimakonzept für Kassel wird mit Leben gefüllt. Als erste Stadtteile werden in Kirchditmold, der Unterneustadt und Bettenhausen Maßnahmenkataloge erarbeitet, die später auf die ganze Stadt übertragen werden.
- Die Stadt reagiert auf einen GRÜNEN Antrag zur verbesserten Kommunikation bei Vorhaben im Straßenbau. Künftig sollen Maßnahmen sehr viel früher bekannt gegeben und mit den Beteiligten besser abgesprochen werden.
- Die Aufforderung von GRÜN-rot, dass die Stadt Kassel beim bundesweiten Wettbewerb für Fahrradverleihsysteme teilnimmt, hat dazu geführt, dass Kassel mit zu den Gewinnern gehört.
- Der Grundsatzbeschluss zum Umbau von Friedrich-Ebert-Straße und Goethestraße steht. Um die weitere Bürgerbeteiligung mit einfließen zu lassen, werden die Detailplanungen der jeweiligen Abschnitte noch gesondert abgestimmt.
- Seit November gibt es in der Menzelstraße die erste Fahrradstraße in Kassel. Von allen Fraktionen im Ortsbeirat getragen, ganz ohne ideologische Diskussion, geht die Südstadt mit einem tollen Beispiel voran.

- In Kürze gibt es endlich die Möglichkeit der „Bürgereingabe“. Durch eine neue Geschäftsordnung der Stadtverordneten können BürgerInnen mit Eingaben und Petitionen stärker in das kommunale Geschehen eingreifen und ihre Anliegen vorbringen.
- Die CDU hat dem Haushalt nicht zugestimmt, die SPD wollte zunächst die neue Sporthalle am Wilhelmsgymnasium nicht. Allein GRÜNE Beharrlichkeit hat dafür gesorgt, dass im Januar 2010 die Hallennot in Kassel durch die Einweihung einer neuen 3-Felder-Halle am Wilhelmsgymnasium gelindert wird.

Themen wo wir uns (noch) nicht durchgesetzt haben

- Die Verhinderung der Waffenbörse in Kassel ist uns nicht gelungen.
- Immer noch nicht vollständig umgesetzt ist der Lückenschluss bei den Radrouten. Das Geld für diese Maßnahmen steht im Haushalt, nun muss es durch die Stadt auch umgesetzt werden.

.... und einige Themen sind noch offen

- Ende des Jahres stellt die Stadt Kassel das Gutachten für die Herkulesbahn vor.
- Wir wollen nach dem Vorbild anderer Städte einen Aktionsplan gegen Homophobie entwickeln
- Zur Bündelung der Kompetenz streben wir ein Energiereferat bei der Stadt Kassel an.
- Die Baumschutzsatzung muss auch angewendet werden. Mit zu niedrigen Bußgeldern ‚kaufen‘ sich Baumfäller frei.

ORTSBEIRÄTE

Ihre GRÜNEN AnsprechpartnerInnen in der Nachbarschaft

Mitte: Ina Rudolph-Lösel, Tel.: 77 76 46 • Christian Schnitker

Süd: Kerstin Saric, Tel.: 2 77 29 • Roland Schäfer, Tel.: 2 57 89

Antje-Marie Seiffert, Tel.: 28 55 74

West: Britta Best, Tel.: 5 21 45 45 • Anne Höhmann, Tel.: 3 16 86 70

Dr. Hans-Helmut Nolte, Tel.: 1 88 33 • Willi Schaumann, Tel.: 77 59 32

Wehlheiden: Dr. Marianne Hornung-Grove, Tel.: 2 18 63 • Klaus Hansmann, Tel.: 28 29 96

Dr. Jürgen Sojka, Tel.: 77 74 53

Bad Wilhelmshöhe: Johanna Bornhütter, Tel.: 31 51 83 • Dorothea Fischer, Tel.: 31 64 55

Brasselsberg: Johannes Vereijken, Tel.: 8 82 03 68

Süsterfeld / Helleböhn: Wilfried Bonnet, Tel.: 3 22 77 • Peter Fellmann

Harleshausen: Sabine Stern, Tel.: 9 88 00 58 • Helga Weber, Tel.: 6 28 19

Kirchditmold: Dr. Hermann Flux, Tel.: 6 74 77 • Jörg Heyen, Tel.: 9 37 21 91

Elisabeth König, Tel.: 6 86 39 • Eckhardt Wagner, Tel.: 6 62 81

Nord / Holland: Medard Flinner, Tel.: 89 18 39 • Hannes Volz

Fasanenhof: Gerhard Kähler, Tel.: 8 70 01 72

Wesertor: Armin Schreier, Tel.: 8 70 04 43 • Anni Lattrich, Tel.: 87 42 27

Wolfsanger: Christof Nolda, Tel.: 87 47 00

Bettenhausen: Alfons Fleer, Tel.: 57 18 57

Forstfeld: Hans-Peter Faber 5 10 13 71

Waldau: Sven Graf (kein OBR), Tel.: 5 95 44

Niederzwehren: Theo Butz, Tel.: 77 62 56

Bürger für Oberzwehren: Friedhelm Weißbäcker, Tel.: 4 35 20 • Klaus Gnau, Tel.: 9 41 69 47

Nordshausen: Karl-Heinz Großkurth, Tel.: 40 36 20

Jungfernkopf: Dorothee Köpp, Tel.: 9 88 58 80

Unterneustadt: Joachim Schleißing (Ortsvorsteher), Tel.: 57 66 61 • Christine Götzfried

Andreas Süßenguth, Tel.: 9532205

Lohse: „Kassel verkauft sich unter Wert“

Am 1. März 2010 übernimmt Dr. Joachim Lohse das Dezernat für Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen der Stadt Kassel. Gewählt hat ihn die Stadtverordnetenversammlung am 7.12.2009. Der gebürtige Hamburger war die letzten sechs Jahre als Geschäftsführer des Freiburger Öko-Instituts tätig. Davor war er 14 Jahre lang in leitender Position beim Hamburger Ökopol-Institut, das er im Jahr 1989 gemeinsam mit Partnern gegründet hat. Der Chemiker und Geowissenschaftler ist mit der Erzieherin Bettina Reus verheiratet. Sie haben zwei Kinder. Karin Müller, Fraktionsvorsitzende, im Gespräch mit dem gewählten Dezernenten



Karin Müller: „Sie werden in drei Monaten das Dezernat für Verkehr, Umwelt, Stadtentwicklung und Bauen der Stadt Kassel übernehmen. Wie bereiten Sie sich auf diese Aufgabe vor?“

Joachim Lohse: Die drei Monate Vorbereitungszeit ermöglichen mir eine solide Einarbeitung in die Kasseler Situation. Dafür besuche ich Fachkonferenzen zur kommunalen Nachhaltigkeit und führe diverse Hintergrundgespräche.

Karin Müller: „Wie war Ihr erster Eindruck von Kassel? Und wie ist der Eindruck heute?“

Joachim Lohse: Die bekanntesten Seiten sind sicher die documenta, Grimms Märchen und der Bergpark Wilhelmshöhe. Das sind Weltmarken. Beim zweiten Hinschauen habe ich dann das reichhaltige Kulturprogramm und die

ausgedehnte Museumslandschaft positiv wahrgenommen. Zugleich erahnt man schon beim allerersten Besuch das Ausmaß der Kriegszerstörungen. Und wenn man sich – wie ich – ein Stadtzentrum am liebsten zu Fuß erschließt, dann lässt sich die Dominanz der Autos im Stadtbild kaum übersehen. Manche Wege kann ich als nicht-motorisierter Verkehrsteilnehmer kaum gefahrlos bewältigen. Auf zentralen Plätzen, wo man attraktive Cafés erwarten würde, stehen hier parkende Autos.

Karin Müller: „In der Stadtgesellschaft gibt es skeptische Stimmen zu Ihrer Qualifikation als „Stadtbaurat“. Wie begegnen Sie KritikerInnen, die Ihnen mangelnde Fachkenntnisse im Bereich Stadtentwicklung und Bauen vorhalten?“

Joachim Lohse: Stadtentwicklung in Kassel ist, aufgrund der historischen Zerstörung der Altstadt und sicher auch infolge mancher unglücklicher Sanierungsmaßnahmen der Nachkriegszeit, den Kasseler Bürgerinnen und Bürgern ein besonderes Anliegen. Kassel ist eine moderne Großstadt mit vielen Brüchen und Widersprüchen. Stadtteile erlebten unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten, und bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit. Sozialen Segregationsprozessen gilt es entgegenzuwirken. Bei den aktuellen Themen liegt das Hauptaugenmerk auf Nachhaltigkeit. Hier sehe ich meine Stärke. Die zentralen Aufgaben heißen heute kommunaler Klimaschutz, demographischer Wandel sowie Beteiligung und Akzeptanz in der Bürgergesellschaft herzustellen.

Basis jeglicher Stadtentwicklung sind innovative Unternehmen und wirtschaftliche Entwicklung, die qualifizierte Arbeitsplätze schaffen und sich aktiv an der Zukunftsgestaltung beteiligen. Dafür benötigt die Region Kassel geeignete Flächen und Verkehrswege. Die Pläne liegen vor, jetzt gilt es Prioritäten zu setzen, die die Umweltbelange nicht außen vor lassen.

Karin Müller: „Wo sehen Sie Kassels Potentiale im Vergleich zu anderen Städten?“

Joachim Lohse: Die Kasseler Universität und die hiesigen Unternehmen bergen ein riesiges Potenzial, um innovative Technologien in Sachen regenerative Energien und Energieeffizienz zu entwickeln und zu vermarkten. Diese Kompetenzen könnte man zum Beispiel unter einem neuen, umfassenden Begriff wie „Energie-Exzellenz Region Kassel“ bündeln und nach außen kommunizieren. In diesem Sinne möchte ich weitere Unternehmen ansiedeln. Die Stadt Kassel bietet ein attraktives Wohnumfeld für Fachkräfte und Kreative. Das ist erste Voraussetzung um zukunftsweisende Wirtschaftsunternehmen anzulocken oder am Standort zu halten. Dafür hilft es, wenn der Name Kassel mit innovativer Technik verbunden wird. Hier verkauft sich die Stadt unter Wert.

Karin Müller: „Braucht Kassel also nur mehr Selbstbewusstsein?“

Joachim Lohse: Kassel braucht vor allem den Mut, Begonnenes fortzusetzen, und einen breit getragenen strategischen Ansatz, wohin sich die Stadt entwickeln will. Und alle Beteiligten sollten sich an den gemeinsamen Erfolgen freuen und diese aktiv nach außen kommunizieren.



PLATZGESTALTUNG ENTENANGER

Aufwertung durch weniger Parkplätze bleibt umstritten

Mit dem Ergebnis des Wettbewerbs „Neugestaltung des Entenangers“ sind die anliegenden Kaufleute nicht einverstanden. Sie wollen möglichst wenige Parkplätze abbauen und fürchten bei einer attraktiven Platzgestaltung die Anlockung einer Szene, die sie nicht haben wollen.

Der Wettbewerb war mit der Vorgabe ausgeschrieben worden, die Ziele des Innenstadtleitbildes zu verwirklichen: einen Ort mit urbanem Flair und Lebendigkeit zu schaffen, der eine hohe Aufenthaltsqualität besitzt.

Immer mehr Menschen wollen wieder in der Innenstadt wohnen. Deshalb soll neben der Platzgestaltung das Wohnen im Zentrum gestärkt werden. Eine Aufwertung der öffentlichen Flächen kann dabei Impulse geben für Investitionen im Bereich der privaten Haus- und Grundeigentümer.

Es ist eine ähnliche Konfliktlage wie am Karlsplatz: Die Anlieger kämpfen auch hier um jeden Parkplatz. Hier wie dort ist bei den Planern unumstritten, dass ausreichend Kurzzeitparkplätze erhalten werden sollen. Doch wie soll die Stadt für Bewohner, Touristen und Familien mit Kindern attraktiver werden, wenn alle die Parkplätze vor ihrer Haustür erhalten wollen und den Autofahrern nicht zumuten, die ausreichend vorhandenen Plätze in den Tiefgaragen zu benutzen?

Auftakt für attraktive Innenstadt

Dem Entenanger kommt deswegen eine Schlüsselrolle zu, weil seine Umgestaltung den Auftakt bilden könnte für weitere Maßnahmen in der Innenstadt. Mit der Aufwertung des Pferdemarkts als attraktivem innerstädtischem Wohnraum für Studierende und Familien sowie einer besseren Überquerbarkeit der Kurt-Schumacher-Straße gewänne Kassel einen Teil der Innenstadt zurück, die seit den fünfziger Jahren ein Schattendasein führt. Neue Wegebeziehungen über die Zeughausruine zum Karlsruhospotal an die Fulda oder eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke in die Unterneustadt könnten zusätzlich für eine attraktive Altstadt sorgen.

Es bedarf des Mutes zur Veränderung und des erneuten Gespräches mit den Bürgerinnen und Bürgern, damit diese Ideen nicht Zukunftsmusik bleiben. *Dieter Beig*

KLIMAWANDEL IN NORDHESSEN

Platanenpilz und Eichenprozessionsspinner

Der Klimawandel hat auch Kassel erreicht. Der Platanenpilz ist nur ein Indiz dafür, dass sich unsere Umwelt und unsere Lebensverhältnisse dauerhaft ändern. Die Sommer werden heißer und trockener, die Winter wärmer und feuchter. Auch Extremwetterlagen werden stärker auftreten. Intensive Hitzeperioden bringen Gefahren insbesondere für Kinder und alte Menschen, aber auch erheblichen Stress für die Vegetation. Starkregen führt zu häufigeren Überflutungen und zur Gefahr der Bodenerosion. Für uns weitgehend fremde Krankheitserreger wie Malaria werden auch in Deutschland auftreten. Andererseits könnte demnächst nicht nur am Böddinger Berg Wein angepflanzt werden, Nordhessen könnte sich als Tourismusregion mit noch gemäßigttem Klima – gemessen an Süditalien, Spanien und Griechenland – profilieren. Umso wichtiger ist es zu wissen, was genau auf die Region zukommt. Denn: Je besser sich die Region auf künftige Veränderungen einstellt, umso besser wird sie Möglichkeiten nutzen und gefährliche Entwicklungen verhindern können.

Bundesforschungsprojekt zum Klimawandel in Kassel

Diesen Herausforderungen hat sich das KLIMZUG- (Klimawandel zukunftsfähig gestalten) Forschungsprojekt des Bundesumweltministeriums angenommen. In einem Netzwerk aus Universität, nordhessischer Wirtschaft, Verwaltung und Bildungssektor werden zur Zeit Szenarien entwickelt, die die Erfordernisse aus den zu erwartenden Klimaveränderungen benennen und Ideen und Strategien für Klimaanpassungsmaßnahmen vorstellen. KLIMZUG arbeitet an mehreren Projekten und hat bereits Empfehlungen zur Verhaltensänderung und Anpassung ausgegeben.

Die zukünftigen Sommertemperaturen in der Innenstadt können bereits recht gut prognostiziert werden – sie werden um bis zu 5° höher liegen als gewohnt – die entsprechenden Erfordernisse an Stadtplanung – Flächenmanagement, Durchlüftung, Verkehrsminderung – müssen bereits jetzt intensiv diskutiert und in die Stadtpolitik eingebracht werden. Wir GRÜNEN wissen: KLIMZUG ist eine einzigartige Chance für die Region und eine hervorragende Quelle für gute Politikberatung. Wir werden dafür sorgen, dass diese Chance für die Zukunft Nordhessens genutzt wird. *Helga Weber*



FUSS-UND RADWEGE FÜR ALLE

Die hoffentlich endliche Geschichte des Altmarkts

Vor rund einem Jahr hat das neue Finanzzentrum seine Türen geöffnet und seit rund zwei Monaten ist das sanierte Karlsruhospotal wieder zugänglich. An der miserablen und gefährlichen Situation für Fußgänger- und RadfahrerInnen hat sich bis heute nichts geändert. Das Land Hessen blockiert die versprochenen finanziellen Mittel für eine Umgestaltung des Altmarkts. Der Protest von Behinderten- und Verkehrsverbänden ist mehr als berechtigt.



Die GRÜNEN unterstützen die Planungen der Stadt Kassel mit vier Überwegen, die auch von den Ortsbeiräten Mitte und Wesertor favorisiert werden. Vier Überwege bringen in der Gesamtbetrachtung die meisten positiven Effekte für Kassel. Die Verkehrssimulation hat ergeben, dass dieser Weg durchaus machbar ist und nicht die befürchteten Staus verursacht. Dafür bringt er viele Vorteile für Stadtentwicklung, mobilitätseingeschränkte Menschen und RadfahrerInnen.

Wir brauchen eine Lösung

Lösungen mit nur zwei Überwegen und dem Einsatz von Fahrstühlen in der Unterführung sind nicht kostengünstiger und werden auch von den Menschen in dieser Stadt abgelehnt. Es gab vor Jahren einen politischen Konsens aller Parteien, die Unterführungen in Kassel bei anstehenden Baumaßnahmen abzuschaffen. Leider wollen CDU und FDP davon nichts mehr wissen.

Für uns bleibt der Altmarkt ein Schlüsselprojekt der Stadtentwicklung und Verkehrspolitik. Der Umbau der Altmarktkreuzung zieht viele stadtentwicklungspolitische Aspekte nach sich, wie eine bessere Anbindung des Pferdemarktes und der Unterneustadt, aber vor allem auch ein Umbau der Kurt-Schumacher-Straße. Alternativ zur besten Lösung mit vier Überwegen können wir uns auch eine Kompromisslösung mit drei Überwegen und einer sinnvollen Radwegführung vorstellen, damit endlich mobilitätseingeschränkte Menschen den Zugang erhalten. Aber auch dies wird bislang abgelehnt. *Gernot Rönz*

Kinderarmut auch in Kassel

Knapp ein Fünftel der Kasseler Bevölkerung sind Kinder und Jugendliche. 8.000 Kinder und Jugendliche leben mit ihren Eltern im Hartz-IV-Bezug. Die GRÜNEN haben sich dafür eingesetzt, dass die Qualitätsverbesserung in Kindertagesstätten Förderchancen für Kinder eröffnet. Auch der Mittagstisch in Kitas und Schulen wird weiter unterstützt und so für Kinder von Eltern mit geringem Einkommen fast zum „Nulltarif“ angeboten. Das reicht aber bei Weitem nicht, um die zu niedrigen Hartz-IV-Sätze auszugleichen.

Obwohl das Bundessozialgericht im Januar 2009 die Verfassungswidrigkeit der Hartz-IV-Sätze für Kinder festgestellt hat, sind diese immer noch nicht am realen Bedarf von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet. Die jetzt verabschiedeten

Maßnahmen der Bundesregierung, wie die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages, kommen wirklich armen Kindern nicht zugute, denn das Kindergeld wird auf den Hartz-IV-Satz angerechnet, der damit um keinen Cent steigt.

Kassel trifft diese Politik doppelt hart, denn zum einen schrumpfen die städtischen Einnahmen, zum anderen steigt die Zahl der Kinder, die Unterstützung brauchen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Kinder und Jugendlichen im Blick zu haben und sensibel zu sein für die vielfältigen Probleme, die durch Armut entstehen können. Die nachhaltigste Armutsbekämpfung ist den Kindern Bildung von Anfang an mit auf den Weg zu geben und dafür setzen wir uns ein. *Anja Lipschik*



Dauerbaustelle Neue Galerie

„Kassel ist als Museumsstadt in den letzten Jahren in den Hintergrund gedrängt worden. Früher fuhr man nach Kassel wie nach Berlin, München und anderen Städten, um die hier ausgestellten Kunstwerke zu besichtigen. In den nächsten Jahren muss etwas geschehen, um Kassel als Museumsstadt wieder die frühere Geltung zu verschaffen“, so der ehemalige Direktor der Staatlichen Kunstsammlung, Professor Erich Herzog im Jahr 1962.

Die Sätze des früheren Direktors sind heute aktueller denn je. Im Vertrag zur Neuen Galerie – basierend auf einer Initiative der GRÜNEN – verfolgen Stadt und Land übereinstimmend das Ziel, „Kunstwerke in einer Sammlung für zeitgenössische Kunst“ zusammenzufassen und sie in der Neuen Galerie zu präsentieren. Unter Fachleuten, den Verantwortlichen in Kassel und beim Land Hessen bestand bislang Einigkeit darüber, dass die Neue Galerie eine große Bedeutung für die zeitgenössische moderne Kunst besitzen soll.

GRÜNES Ziel ist ein Museum der Gegenwartskunst

Als im September 2009 der neue Direktor der Museumslandschaft Hessen Kassel (mhk), Prof. Bernd Küster, sich im Kulturausschuss vorstellte, nährte eine Aussage Zweifel an der Vertragstreue des Landes, was die konzeptionelle Ausrichtung der Neuen Galerie betraf. Prof. Küster konnte sich auf Nachfrage der GRÜNEN die Thematik „Zweite Moderne und Gegenwartskunst“ nur in einem neuen Gebäude vorstellen. Die Sammlung des 19. Jahrhunderts „muss öffentlich zu sehen sein“, sagte Küster am 2.7.09 (HNA). Damit würde das Thema der Neuen Galerie wieder „Bürgerliche Kunst beginnend bei Romantik und Biedermeier als Hinführung auf die Klassische Moderne“ lauten. Mit dieser Ausstellungszielrichtung für die Neue Galerie sind wir als GRÜNE nicht einverstanden. Vielmehr stellen wir fest, dass an dem zwischen Stadt und Land vereinbarten Profil eines Museums der Gegenwartskunst festgehalten werden muss, was auch die Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann im Mai 2009 bei Vertragsunterzeichnung als Ziel genannt hat: „Damit ist der Weg frei, den

Schwerpunkt der Neuen Galerie in der Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts auszubauen.

Sinnvolle Ergänzung der documenta-Ankäufe

Ausgangspunkt von Sammlung und Präsentation sollen nach Ansicht der GRÜNEN die documenta-Ankäufe sein. Dabei gilt es zu bedenken, dass man erst durch eine konzeptionelle Ausrichtung der Neuen Galerie auch nach dazugehörigen Sammlungslücken, das heißt nach Kunstwerken suchen kann, die das Konzept ausfüllen. Wir stellen uns vor, durch gezielte Leihgaben von Sammlern und Ankäufen eine Profillinie für die Gegenwartskunst zu entwickeln. Voraussetzung für die zukünftige Sammlungspolitik ist allerdings, dass Künstler heute nicht mehr nach den klassischen Sparten (Malerei, Bildhauerei) einzuteilen sind, sondern sich je nach Gelegenheit und Problemstellung die Medien auswählen (Malerei, Installation, Fotografie oder Video).

Auch sollten die Beziehungen zu privaten, regionalen und überregionalen Sammlern honoriert und gepflegt werden. Auf diese Weise konnte damals Prof. Erich Herzog Leihgaben gewinnen und Sammlungslücken zur Darstellung der Klassischen Moderne und der Gegenwartskunst schließen. Gewinnt man Leihgaben-Komplexe zum Beispiel aus der Sammlung des früheren Kunsthallendirektors René Block, kann man nicht nur einem Werkkomplex Gegenwartskunst näher kommen, sondern kann zugleich die Ausstellungsgeschichte des Fridericianums dokumentieren. Die ist Gegenstand des Zukunfts-Vertrages zur Neuen Galerie zwischen Stadt und Land, damit man wieder nach Kassel kommt, um die hier ausgestellten Kunstwerke zu besichtigen. *Dr. Klaus Ostermann*

Was bedeutet schwarz-gelb für Kassel?

GASTKOMMENTAR: Nicole Maisch, Mitglied des Bundestages

Im Koalitionsvertrag betont schwarz-gelb die Bedeutung der Kommunen. Die Realität hinter den Worten sieht schlecht aus für unsere Städte und Gemeinden. Der geringe Spielraum wird durch geplante Vorhaben von schwarz-gelb noch weiter eingeschränkt.

Die kommunalen Haushalte stehen schon jetzt unter Druck. Die zu erwartenden Einnahmeverluste sind nicht nur eine Folge der Wirtschaftskrise, sie gehen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf Steuersenkungsbeschlüsse der großen Koalition zurück. Dem stehen steigende Kosten bei den Sozialausgaben (Kosten der Unterkunft und Sozialhilfeleistungen) gegenüber. Die Steuerentlastungspläne der Regierung werden die Kommunen mehr als 3 Mrd. Euro kosten. Auch wenn im Koalitionsvertrag nur wolkige Formulierungen stehen: schwarz-gelb stellt die Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen in Frage, statt sie wie wir GRÜNEN fordern zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterzuentwickeln. Anstatt die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden zu verbessern, wird der Handlungsspielraum der Kommunen weiter eingeschränkt.

Auch im Bereich der Arbeitsmarktpolitik kritisieren wir die Pläne von schwarz-gelb. Union und FDP haben das Ende der Jobcenter und damit auch der Arbeitsförderung Kassel beschlossen. Für die Betroffenen bedeutet dies: zwei Anträge, zwei Sachbearbeiter, zwei Behördengänge. Für die Verwaltungen Stress und Selbstbeschäftigung statt Konzentration auf die Menschen. Statt Hilfe aus einer Hand wird es in Zukunft wieder den alten Verschiebepark geben. Für Kassel bedeutet dies: Schlechtere Betreuung und zusätzliche Kosten in Millionenhöhe, ohne dass den Menschen mehr geholfen wird.



Unter dem Strich werden die Kommunen, wenn CDU und FDP ihren Koalitionsvertrag umsetzen wollen, die großen Verlierer der nächsten Jahre werden. *Nicole Maisch*



Kassel gegen Homophobie Die Vielfalt als Chance begreifen

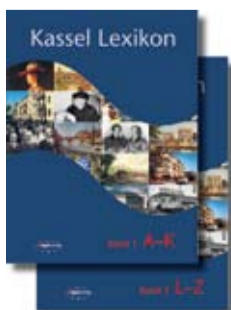


Homosexuelle Lebensweisen haben inzwischen große gesellschaftliche Akzeptanz erreicht. Homosexuelle Menschen, Schwule und Lesben werden nicht mehr auf dem Scheiterhaufen verbrannt, geächtet oder in Gefängnisse gesteckt. Viele ‚offen‘ schwule oder lesbische Promis haben dazu beigetragen und das ist auch gut so. Und dennoch: Viele homosexuelle Menschen, vor allem Jugendliche, leben immer noch im Verborgenen aus Angst vor Repressalien. „Du schwule Sau“ ist eine auf Fußballplätzen immer noch verbreitete Bezeichnung für den sportlichen Gegner. Auf Schulhöfen, in Discos und im öffentlichen Raum werden Homosexuelle immer noch beschimpft, beleidigt oder gar zusammengeschlagen, wie aktuelle Fälle in Hamburg und Berlin zeigen. Die meisten Opfer von Gewalt, trauen sich nicht, die Täter anzuzeigen. Die Dunkelziffer nicht aufgeklärter Fälle ist extrem hoch. Deshalb gibt es inzwischen auf vielen Ebenen Aktionspläne gegen Homophobie (Feindseligkeit gegen Homosexuelle). Beispielhaft ist der

Berliner Aktionsplan, der umfangreiche Aktivitäten vorsieht: größere Aufmerksamkeit bei der Polizei, Behandlung von Homosexualität in der Schule, Maßnahmen gegen Diskriminierungen im Beruf und im täglichen Leben.

Aktionspläne für Diversity-Management gewünscht

Wir GRÜNEN wollen, dass auch in der Stadt Kassel und im Land Hessen Aktionspläne gegen Homophobie aufgestellt werden. Wir haben deshalb entsprechende Anträge in den Landtag und in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Außerdem soll in allen Betrieben und Verwaltungen ein wirksames Diversity-Management eingeführt werden. Das bedeutet, dass die Verschiedenartigkeit von Menschen (diversity) nicht als Nachteil oder gar Bedrohung, sondern als positive Unternehmensstrategie und als Chance begriffen wird. Die Vielfalt des Lebens muss sich auch am Arbeitsplatz abbilden. *Dr. Andreas Jürgens*



Kassel Lexikon Kassel hat nun sein eigenes Lexikon: Auf 816 Seiten in 1.100 Artikeln von A wie „Ab nach Kassel“ bis Z wie „Zeughaus“ – ein Streifzug durch die Jahrhunderte mit mehr als 800 Abbildungen. Die durchweg verständlich geschriebenen Artikel mit Querverweisen machen Lust, einfach weiter zu lesen. Mit diesem einzigartigen Nachschlagewerk können alle an Kassel Interessierten schnell und unkompliziert eine Fülle an fundierten Informationen über Kassel nachschlagen. Kassel Lexikon A-Z (2 Bände), euregioverlag 2009, zum Subskriptionspreis für € 70,40 bis 31.12.2009, dann € 88,00



... na klar doch oder was mehr: Bei einer Auflage von 25.000 und einer stadtweiten Verteilung lohnt sich eine Anzeige in **xtraGrün**
 ::: Information und Beratung: 0561 7 397048

Neu im Fraktionsbüro: Boris Mijatovic

Der 35-jährige ist in Vertretung bis Ende Mai 2010 Fraktionsgeschäftsführer und damit ein wesentlicher Ansprechpartner in kommunalen Fragen für die Kasseler Bevölkerung. Boris Mijatovic vertritt Thomas Flügge, der bis dahin freigestellt ist, um sich in Elternzeit um den Nachwuchs zu sorgen. Boris Mijatovic ist von Hause aus Politologe und hat zuletzt im internationalen Bereich für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gearbeitet. Privat engagiert er sich im FreizeitSportClub Dynamo Windrad, wo er mit Begeisterung diverse Freizeit-Fußballturniere und Straßenfußballprojekte mitorganisiert.



Fraktion im Rathaus

Obere Königsstraße 8, Zimmer W120
34117 Kassel

Tel. 0561 787 12 94, Fax: 0561 21 04
E-Mail: info@gruene-fraktion-kassel.de
www.gruene-fraktion-kassel.de

Ihre AnsprechpartnerInnen:

Boris Mijatovic und Ulrike Kapusta
Mo. - Do. 9 - 12 Uhr und 14 - 15 Uhr
und nach Absprache
Bürgerberatung: Mi. 9 - 11 Uhr
Mitglieder der Rathausfraktion: Karin Müller, Anja Lipschik, Gernot Rönz, Dr. Andreas Jürgens, Wolfgang Friedrich, Helga Weber, Karl Schöberl, Dieter Beig, Heike Mattern, Ruth Fürsch, Dr. Klaus Ostermann, Dr. Martina van den Hövel
Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats: Annett Martin und Richard Schramm
Mitglied des hauptamtlichen Magistrats: Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit



Fraktion im Rathaus Kassel

Impressum:
V.i.S.d.P.: Kasseler Rathausfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Karin Müller, Redaktion: Gernot Rönz und Boris Mijatovic
Lektorat: Susanne Ludevig
Mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der VerfasserInnen wieder.
Layout: e-BILDWERKE Kassel – www.e-bildwerke.com
Druck: Grafische Werkstätten, Kassel
Auflage: 25.000 Exemplare
Fotonachweis: Optische Anstalten Kassel